

Haushaltsrede Dr. Stefan Kiefer (SPD) am 18.12.2008

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

Herr Oberbürgermeister, Sie können sich glücklich schätzen! Nicht nur, dass Sie vor neun Monaten zum Oberhaupt dieser Stadt gewählt worden sind, sondern auch, dass Sie ganz im Gegensatz zu Ihrem Vorgänger einen ausgeglichenen Haushalt ohne Netto-Neuverschuldung übernehmen durften.

Aber es kam sogar noch besser: Die Gewerbesteuereinnahmen erreichten im Jahr 2008 den absoluten Spitzenwert von 154 Millionen Euro. Das sind gut 20 Millionen Euro mehr, als ursprünglich prognostiziert waren. Fehlbeträge aus 2007 gibt es auch nicht auszugleichen. Was hätten wir uns gefreut, wenn wir 2002 so eine Situation vorfinden hätten können. Sie waren ja nicht dabei und konnten die Sparerfahrungen der Jahre 2002 – 2005 ja nicht nachvollziehen. Damit Sie dieses Vergnügen des Stadtrats wenigstens ansatzweise nachvollziehen können, lege ich Ihnen das Balkendiagramm der Gewerbesteuereinnahmen der letzten Jahre auf. Bei der Einkommensteuer sah es übrigens ähnlich aus. Alles in allem im Jahr 2008 rund 100 Mio. EUR mehr als damals, im Jahr 2002!!

Nun geht es um die Aufstellung des Haushalts für 2009. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, trotz der genannten optimalen haushalterischen Ausgangslage für die Aufstellung eines Haushaltes für das Jahr 2009 kommen wir zu keinem passenden Ergebnis. Während der Kämmerer zumindest noch einen Vorschlag unterbreitete hatte, über den man theoretisch diskutieren hätte können, haben Sie zusammen mit Ihrer Mehrheit den Haushaltsentwurf so umgewandelt, dass wir als SPD-Fraktion den Haushalt für 2009 ablehnen müssen und werden. Woran liegt das? Der von Ihnen verfasste Haushalt für 2009 leidet an eklatanten Mängeln, ja er verstößt gegen mehrere Grundprinzipien, die eigentlich in den letzten Jahren parteiübergreifend „Allgemeingut“ waren. Folgende Grundprinzipien meine ich:

- 1. Ein Haushalt muss so aufgestellt werden, dass auch künftige Haushalte dadurch nicht gefährdet sind. Nichts ist schlimmer für eine Stadt als eine haushaltslose Zeit.**
- 2. Bevor neue Maßnahmen begonnen werden, muss angefangenes zu Ende gebracht werden. Alles andere verschwendet Ressourcen.**
- 3. Die Bürger dürfen nicht unnötig belastet werden; Steuer- und Gebührenerhöhungen sind nur dort vertretbar, wo diese unvermeidbar und auch dem Bürger gegenüber darstellbar sind.**
- 4. Die Stadt muss versuchen mit ihrem Haushalt, soweit wie möglich, auf konjunkturelle Rahmenbedingungen einzugehen und Vorsorge zu treffen im Hinblick auf die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen.**
- 5. Der Haushalt der Stadt, als höchstes und wichtigstes Ergebnis der kommunalen Selbstverwaltung, sollte von allen demokratischen Kräften getragen werden können. Auch die Mehrheit sollte es als eine Selbstverständlichkeit ansehen, hier um die Zustimmung der anderen Mitglieder des Stadtrates zu werben.**

All diese Grundprinzipien habe ich in den diesjährigen Finanzausschussberatungen zum Haushalt für 2009 vermisst; ich finde sie auch inhaltlich im Haushalt für 2009 nicht wieder.

Zum ersten Grundprinzip: Der Haushalt 2009 gefährdet unsere künftige kommunale Handlungsfähigkeit.

Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von CSU, Pro Augsburg und der Freie Wähler haben Ihre Ausgabenwünsche derart hochgeschraubt haben, dass mit einem Fehlbetrag im Jahr 2009 vorprogrammiert ist. Das belastet wiederum die Folgejahre.

Dabei kommt erschwerend hinzu, dass Sie in den letzten Monaten im Verwaltungshaushalt Ausgabenmehrungen produziert haben, die nicht kurzfristig wieder korrigiert werden können. Ich nenne hier nur exemplarisch die Mehrausgaben im Personalbereich. 1 Million Mehrungen, und die im Gegenzug versprochenen Reduzierungen sind noch in weiter Ferne.

Auch das Paket von CSU und Pro Augsburg, nun verkauft als „Konjunkturpaket“ (darauf komme ich noch) sattelt munter weiter drauf. Der Einstieg in die geschätzt 8,8 Millionen schwere Doppik, das zusätzliche Buchführungssystem muss unbedingt noch in diesem Jahr 2009 sein; Kosten: 1,2 Mio.

Den Ausgleich für diese vielen Wünsche schaffen Sie vermeintlich durch ein „Heraufsetzen“ der Gewerbesteuer. Da gehen Sie her und setzen die Einnahmen aus der Gewerbesteuer für nächstes Jahr einfach mit 145 Millionen Euro an. Wie kommen Sie dazu? Der Durchschnitt, wenn Sie die Jahre 2005 bis 2008 betrachten, liegt doch eher bei 130 Millionen. Selbst der Kämmerer selbst sah hier nur max. 139 Millionen vor. Das war Ihnen zu wenig. Bei der Einkommensteuererwartung legen Sie auch noch mal 4 Millionen drauf. Das wird aber voraussichtlich nicht kommen!

Weiter sind im Haushalt Einnahmen i.H.v. 12 Mio. aus städtischen Töchtern. Wir alle, also auch die neuen unter uns, kennen doch nun die Schwierigkeiten, bei den Stadtwerken noch „Gewinne“ abzuschöpfen. Was soll dann diese Position? Und die weiteren 3,6 Mio. EUR aus Wasserpreiserlösen, nun teilweise modifiziert als mögliche Erhöhung einer Konzessionsabgabe für, oder besser gegen den ÖPNV? Herr Mitberichterstatte Prof. Harzmann, bei den Finanzausschussberatungen hatten Sie davon geredet, dass durch die jüngste Version des Wassergeschäfts „die Kuh vom Eis“ sei, durch die Verhinderung einer Eigenkapitalentnahme bei den Stadtwerken. Nun bringen Sie die Kuh wieder genau dorthin, nämlich aufs Eis.

Das alles steuert entweder auf die komplette Handlungsunfähigkeit unserer Töchter hin, insbesondere der Stadtwerke, die die Mobilitätsdrehscheibe schultern sollten – ein gigantisches Konjunkturprogramm mit bester Förderung des Bundes. Oder Sie, die „Regierungskoalition“, produzieren einen Haushaltsfehlbetrag, der sich wachsen hat! Das bedeutet Handlungsunfähigkeit im Jahr 2010! Die Konsequenz wird sein, und das prognostiziere ich Ihnen schon heute: 2009 gibt es ein Defizit, Im 1. Nachtragshaushalt beginnt vielleicht schon das große Streichkonzert.

Zum zweiten von mir vermissten Grundprinzip:

Ehe Neues angefangen wird muss Begonnenes zu Ende gebracht werden. Diesem Grundsatz sahen sich die Stadträte in der Vergangenheit verpflichtet. So haben wir z. B. selbstverständlich in den Jahren 2003 und 2004 die Schleifenstraße zu Ende gebaut, auch wenn wir damals im Regenbogen inhaltlich nur mehrheitlich aber nicht vollzählig dazu standen. Die Maßnahme hat auch nach unserem „Regierungsantritt“ noch viel Geld verschlungen und es wäre ein Unsinn höchsten Ranges gewesen, diese Maßnahme kurz vor Fertigstellung zu stoppen. Sie hingegen lassen es zu, dass ausgerechnet die energetische Sanierung des Verwaltungsgebäudes I gestoppt wird. Sie lassen zu, dass ausgerechnet das gefährlichste Stück der Radwegbeziehung in der Innenstadt, nämlich zwischen Magesberg und Stadttheater nicht zu Ende gebaut wird, während 90 % der Wegstrecke bereits gebaut ist – lieber fangen Sie in Bergheim neu an zu bauen. Sie muten den Bürgerinnen und Bürgern im Hochfeld und Bismarckviertel zu, dass auch im Jahr 2009 kein Zugang von der nahezu fertigen Treppe der Hochfeldbrücke hin zum Bahnsteig an der Haunstetter Straße möglich sein wird. Das ist alles höchst ineffektiv; Baustellen werden unterbrochen und müssen wieder neu begonnen werden. Das alles kostet unnötig Geld und Verdross, bei der Ost-West-Radwegachse halten Sie sogar eine Gefahrenlage aufrecht!

Nun zum dritten Grundprinzip: Steuer- und Gebührenerhöhungen nur aufzugreifen, wo sie unvermeidbar sind (steht auch in Artikel 62 der Bayerischen Gemeindeordnung).

Der Haushalt für 2009 sieht erhebliche Mehrbelastungen für die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt vor, obwohl Sie, Herr Oberbürgermeister, eigentlich derzeit über ein Höchstniveau an Steuereinnahmen verfügen. Wie wollen Sie das Ihren Bürgerinnen und Bürgern erklären? Man könnte Steuererhöhungen nur dann erklären, wenn wirklich ein breiter Konsens für unaufschiebbare, dringende und anderweitig nicht finanzierbare Maßnahmen bestünde. Denkbar wären solche Maßnahmen vielleicht im Bereich des Klimaschutzes und der drängenden Gebäudesanierung. Denn hier sind die Kosten in der Regel später teurer als wenn man sie noch weiter schiebt und die Benutzer der Gebäude, Mitarbeiter und Besucher, Lehrer und Kinder leiden unter dem Missstand. Aber über die Frage, ob und wofür eine Steuererhöhung gerechtfertigt ist, haben Sie nicht einmal diskutieren wollen. Sie haben die Steuern schon erhöht, bevor über die vom Stadtrat beabsichtigten Ausgaben überhaupt Konsens bestand. Und zum Sinn und Unsinn der Ausgaben komme ich nachher.

Nun erhöhen Sie die Grundsteuer, von 460 auf 480 Punkte, also 2,3 Millionen. Hierzu hätte ich mir eigentlich einen Aufschrei erwartet. Er bleibt aus - bislang. Die Presse erwähnte es fast nur mit einer Randnotiz. Ich kannte schon mal einen Aufschrei in einem ähnlichen Sachverhalt und das war 2004. Damals, in wesentlich schwieriger Finanzlage der Stadt Augsburg, da erlaubte sich die damalige Stadtratsmehrheit den Hebesatz von 440 auf 460 Punkte hochzusetzen. Es gab einen Aufschrei. Eine Fraktion lehnte diese Anhebung der Grundsteuer ab. Es war: Die CSU, mitunter auch die jetzige Pro Augsburg Fraktionsvorsitzende Frau Schabert-Zeidler. Sie waren alle dagegen. Was hätte näher gelegen als bei nun sehr guter Finanzlage ihren Aufschrei von 2004 abzumildern und im Jahr 2009 die Grundsteuer wieder auf den Hebesatz von damals zurückzusetzen. Nein, Ihnen fiel was Besseres ein: Sie setzten die Grundsteuer herauf. Wir hätten Verständnis für eine solche Vorgehens-

weise, wenn es der Stadt immer noch so ginge, wie damals im Jahr 2004. Bei Rekordeinnahmen ist dies allerdings schlichtweg nicht vermittelbar.

Neben den 2,3 Millionen Grundsteuererhöhungen dürfen die Bürger auch an einer anderen Stelle zusätzlich zahlen: 3,6 Millionen für den Einkauf von Wasser, dem wichtigsten Lebensmittel sind im Haushalt vorgesehen. Die jetzt von Ihnen aufgezeigte Alternative, den Wasserpreis „nur“ um 1,3 Millionen zu erhöhen und zusätzlich noch den ÖPNV um 2,3 Millionen jährlich zu verteuern, ist keine Alternative sondern richtet weiteren Schaden an. Dazu kommen noch die Ausgaben der Stadtwerke für ein Grundstück für 5 Millionen, das sie gar nicht brauchen – kennen sie es überhaupt bereits. Und dann noch mal 12 Millionen aus Beteiligungen. Das kostet Gebührenerhöhungen.

Allein bei den klar zugeordneten Steuer- und Gebührenerhöhungen fallen 6 Millionen EUR an. Das pro Kopf 22 EUR pro Jahr – vom Säugling bis zum Greis. Aus unserer Sicht ist das den Bürgern nicht vermittelbar.

Nun zum vierten Grundprinzip, der Einflussnahme auf die volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen in diesem Land. Was kann die Stadt Augsburg tun, um wirtschaftlichen Schwierigkeiten vorzubeugen, was kann sie tun um die Konjunktur vor Ort zu beleben?

Ganz Deutschland macht sich momentan darüber Gedanken, nur die Stadt Augsburg scheint sich aus dieser Diskussion heraushalten zu können. Vorsorge sollten wir treffen bei der Überlegung, welche Gelder uns künftig zur Verfügung stehen werden und wie viel wir ausgeben können. Hier haben die Vertreter von CSU und Pro Augsburg bei der Einnahmensituation ihre Erwartungen kräftig nach oben geschraubt, ohne die notwendige Vorsicht walten zu lassen.

Aber auch die Ausgaben sind nicht als Marktstimulierend anzusehen. Vorgezogene Sanierungen hätten durchaus Sinn gehabt. Stattdessen streichen Sie den Gebäudeunterhalt der städtischen Gebäude herunter und investieren z. B. in die sofortige schnellstmögliche Einführung der Doppik; damit wird allenfalls das gutgefüllte Konto von SAP weiter gefüllt, das örtliche Handwerk geht dabei leer aus. Und dann, wenn Sie die doppelte Buchführung irgendwann haben, werden Sie sehen, was Sie in der Zeit bis dahin zusätzlich ausgegeben haben und dass wir aufgrund der Gebäudeabschreibungen eigentlich jährlich ärmer werden. Den tatsächlichen Sanierungsstau kennen wir aber eigentlich jetzt schon.

Beim Gebäudeunterhalt behaupten Sie ja nur, dass Schulen und andere städtischen Gebäude weiterhin so saniert würden wie unter Paul Wengert; das ist aber gerade nicht der Fall:

Aus der Gruppierungsübersicht des Gesamtplans (B 1) ist unter der Gruppierungsnummer 50 (Unterhalt der Grundstücke und baulichen Anlagen) zum Gebäudeunterhalt abzulesen:

Jahr	2005 (Rechnung)	2006 (Rechnung)	2007 (Rechnung)	2008 (Ansatz)	2009 (Ansatz)
Ausgaben	5,96 Mio.€	6,1 Mio. €	7,3 Mio. €	7,4 Mio. €	5 Mio. €

Das bedeutet einen "Absturz" der Ausgaben für die Pflege und Sicherung des Vermögensbestands. D.h., dass im Jahr 2009 somit rund **5 Mio. €** für Bauunterhalt veranschlagt werden, das sind immer noch rd. 2,4 Mio. weniger, als in unserer Regierungszeit.

Auch bei den Investitionen für Schulen zeigt sich ein Rückgang:

(Siehe: Gesamtplan nach Einzelplänen, B 1 – 40)

>Jahr	2005	2006	2007	2008	2009
Invest.Ausg.	9,7	13,2	11,6	12,4	7,1

Wichtige zukunftsichernde Investitionen sind verschoben worden, eine Praxis wie in der „Menacher-Ära“: Wir hatten dann ab 2002 die aus den 90er Jahren stammenden, immer wieder verschobenen Projekte (u.a. Firnhaberau-Schule, TH Hammerschmiede, Turnhalle Maria Theresia-Gymnasium, usw.) zu realisieren.

Jetzt geht's schon wieder los:

Integrierte Fachräume an der Berufsschule (1,3 Mio.), Sanierung Naturwissenschaftl. Räume beim MTG (0,9 Mio.), und PG (1,1 Mio. €) sind auf die Jahre nach 2010 verschoben worden. Hier ist doch ein Hohn, wenn Frau Schabert-Zeidler in der AZ (10.11.08) sagt: *„Wir wollen Schule und Bildung weiterhin voranstellen und massiv investieren.“*

Da ist auch die Westpark-Schule kein Beweis, denn diese wird zum Löwenanteil aus der Umlegungssumme der Städtebaumaßnahme Sheridan bezahlt und nicht aus dem Stadthaushalt (wenngleich sie im HH-Plan dargestellt wird.). Zudem soll der Bau erst 2010 beginnen!

Während alle Welt momentan versucht ist, die drohenden Rezession mit vorgezogenen Investitionen und oder Steuererleichterungen abzufedern, tun Sie das genaue Gegenteil. Sie treiben mit der Grundsteuerhöhung die Mieten nach oben und Sie erhöhen den Wasserpreis, möglicherweise auch den Preis für den ÖPNV. Sie sind dafür verantwortlich, dass die Menschen in dieser Stadt tatsächlich weniger Geld in der Tasche haben werden und dies nicht wegen der schlechteren Gesamtwirtschaftlichen Situation, sondern weil Sie schlichtweg die Fraktionen von CSU und Pro Augsburg in ihrem Ausgabeverhalten nicht zügeln konnten.

„Weniger Netto für alle“ ist die Devise für den Haushalt von Pro Augsburg und CSU! Weniger Netto für alle!

„Konjunkturprogramm“ nennen Sie die Devise, Herr Kränzle. Ja, welche Konjunktur wird denn beflügelt durch zusätzliche Referenten und Amtsleiter, durch 4 Koordinatoren, die Anschaffung von Gemälden und Zinnfiguren, ein Programm Kultur und Sport, die schnellstmögliche Einführung der Doppik? Welcher Handwerksbetrieb in Augsburg darf sich künftig freuen, wenn Oberbürgermeister und Referenten „Verfügungsmittel“, eine moderne Form der Apanage i.H.v. EUR 175.000 jährlich haben? Wen beflügelt ein Einzelhandelsgutachten für 150.000 EUR? Was bringen 3 zusätzliche GmbHs mit Geschäftsführern im Bereich des Wirtschaftsreferats? Was sparen wir uns da künftig? Das sind doch alles Maßnahmen, die deutlich zeigen, dass Ihr Haushaltsentwurf alles andere ist als ein „Konjunkturprogramm“.

Wenn nun die Bundesregierung am 19. Januar das angekündigte Programm für energetische Sanierung an Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden beschließt, sind wir blank. Die Schüler, der Klimaschutz und das Handwerk werden in die Röhre sehen.

Zum fünften Grundprinzip, den Bemühungen bzw. fehlenden Bemühungen der Regierungsfractionen, den Haushalt gemeinschaftlich zu beschließen:

Ich habe hier erstmals für die SPD-Fraktion teilgenommen, mich aber bei zahlreichen Personen im Stadtrat, wie auch in der Verwaltung kundig gemacht. Und keiner konnte mir ähnliches aus früheren Haushaltberatungen berichten. Herr Oberbürgermeister, Sie und ich sind im Beruf des Anwalts. Ich habe in keiner Stadtratssitzung bislang ein derart hohes Maß an Kompromisslosigkeit einer Fraktion gegenüber erlebt, wie in diesen Haushaltsberatungen. Ich habe auch nur wenige vergleichbare Gerichtstermine erlebt. Geht es Ihnen da genauso?

Schon bei Beginn der Sitzung war klar, dass von Ihnen überhaupt keine Suche nach einem Kompromiss gewünscht war, wie schon die Festlegung der Tagesordnung zeigte. Nachdem alle Einnahmen bzw. Ausgabenpflöcke um 11 Uhr grob eingeschlagen waren, war klar das SPD und Grüne eigentlich überflüssig bei Ihren „Finanzberatungen“ waren. Insofern hat Christa Stephan zwar emotional nachvollziehbar reagiert, indem sie gegangen ist. Sie hat so der Stadt sogar Geld gespart, denn eigentlich hätten Sie auch zu acht die Haushaltsberatungen durchführen können. Beratungen waren es ja gar nicht, im Grunde genommen war es eine Fortsetzung der Haushaltsklausur von CSU und Pro Augsburg. Sämtliche Vorschläge von Pro Augsburg und CSU wurden durchgezogen, sämtliche Anträge von SPD und Grünen abgelehnt, egal ob Ausgaben- oder Einsparvorschläge. Egal ob es um eine Schule ging oder letztlich sogar nur um ein vom Städtetag empfohlenes Tierschutzprogramm für Katzen. Tja, Pech dass in den Gribl-Punkten nur der Hund auftaucht und nicht die Katze. Bei dieser Ablehnung musste sogar der Sozialreferent, verzeihen Sie mir Herr Weinkamm diesen Hinweis, den Kopf schütteln.

Ich komme zum Schluss:

Herr Walter Graf, der frühere Kämmerer für die Zeit von 1987 bis 2004 hat meine Erfahrungen mit den schwierigen Haushaltsberatungen 2002-2004 nachhaltig geprägt. Er erklärte uns damals: „Der städtische Haushalt ist wie ein großes Schiff. Es lässt sich nur langsam von seinem Kurs umlenken“. Er spielte damit darauf an, wie schwierig es ist, Einsparungen, insbesondere im Verwaltungshaushalt, so durchzusetzen, dass sie sich bei der Ausgabenseite schnell bemerkbar machen.

Sie haben das Schiff für den Haushalt 2009 mit erheblichen zusätzlichen laufenden Kosten beladen, sei es durch neue Stellen, sei es durch Fachmittel für die Referate. Sollten die von Ihnen prognostizierten Steuereinnahmen nicht so fließen wie erwartet, und davon ist auszugehen, wird Ihr Haushaltsschiff vom ohnehin fragwürdigen Kurs abkommen. Es wird dann nicht mehr genügen, auf das „Prinzip Hoffnung“ zu setzen, sondern es werden schmerzhaft Kurskorrekturen vorzunehmen sein.

Wir wissen wie schlimm die Haushaltsjahre 2002-2004 waren. Sie nennen Ihr Haushaltsschiff „Konjunkturprogramm“. Den Namen hat es sicher nicht verdient. Wir fürchten sogar, Sie müssen dieses Haushaltsschiff 2009 in „Titanic“ umbenennen. Wir wollen die „Titanic“ aufgrund der historischen Erfahrungen nicht auf Reise schicken. Die SPD lehnt deswegen den Haushalt von CSU und Pro Augsburg für 2009 ab.